

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	4. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2016/004)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 26.01.2016
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 23:38 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

UWG

Kersting, Hubert

CDU

Vorkamp, Thomas
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Ellerkamp, Martin
Terhalle, Josef
Benölken, Franz
Büning, Stefan
Enste, Margarete
Hemsing, Klaus

Vertretung für Herrn Josef Große-Schwiep

SPD

Dönnebrink, Andreas
Lambers, Klaus
Herickhoff, Hermann Josef
Fischer, Mathilde

UWG

Ruwe, Felix
Beckers, Andreas
Heijnk, Annegret

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

Vertretung für Herrn Klaus Löhring
bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

WGW

Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

Schriftführer

Leuker, Werner

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Almering, Christoph
Beckmann, Georg
Klose, Alfred
Schröder, Marco
Uphues, Dorothee

es fehlen entschuldigt:

CDU

Große-Schwiep, Josef

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 08.09.2015

- 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2016

A. Öffentliche Sitzung

- 1 **Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 08.09.2015**
-

2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2016

Der Kämmerer und erste Beigeordnete Althoff hat den Entwurf des Haushaltes 2016 in der Sitzung des Rates am 16. Dezember 2015 eingebracht. Der Entwurf der Haushaltssatzung 2016 mit seinen Anlagen liegt seit dem 29. Dezember 2015 bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens im Rat öffentlich aus. Gleichzeitig kann er auf dem Internetangebot der Stadt Ahaus, www.ahaus.de, öffentlich eingesehen werden. Einwendungen, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung erhoben werden können, sind nicht eingegangen.

Auf Vorschlag von Bürgermeisterin Voß wird der Beschluss über die Haushaltssatzung (S. 5 - 8 des Haushaltsplanentwurfes) bis zum Abschluss der Beratungen zurückgestellt. Ferner werden der Empfehlung der Bürgermeisterin folgend die Seiten 9 bis 114 des Haushaltsplanentwurfes abschnittsweise behandelt. Die Einzelbudgets sollten dann seitenweise beraten werden. Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Leitziele – III. Familienfreundliches Ahaus

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) beantragt für die Fraktionen SPD, UWG, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und GWG, das Leitziel „Familienfreundliches Ahaus“ (Seite 20) zu erweitern. Für den eingerichteten Familienpass gebe es nach Ansicht der Fraktionen noch zu wenige Nutzungsmöglichkeiten. Deshalb sollte als zusätzliche Zielsetzung die Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten und damit eine höhere Akzeptanz des Familienpasses angestrebt werden.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Vorkamp (CDU-Fraktion) wünschen die Antragsteller eine Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten über die bislang ausschließlich öffentlich-rechtlichen kommunalen Einrichtungen hinaus auch im privaten Unternehmens- und Geschäftsbereich.

Erster Beigeordneter Althoff und Verwaltungsvorstand Almering machen deutlich, dass bei Vergünstigungen im privaten Sektor immer auch die Frage des finanziellen Ausgleichs beantwortet werden müsse. Dies könne nur auf dem Verhandlungsweg erfolgen.

Bürgermeisterin Voß schlägt daher vor, der Verwaltung zunächst einen Prüfauftrag zu erteilen, um die grundsätzliche Operationalität des Zielvorschlages prüfen zu können. Soweit das Ergebnis eine sinnvolle Zielverankerung im Haushalt zulasse, könne die beantragte Zielsetzung in einen zukünftigen Haushalt dann übernommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Nachdem es zu den Seiten 9 bis 114 des Haushaltsplanentwurfes keine weiteren Anmerkungen und Fragen gibt, folgt die seitenweise Beratung der Einzelpläne.

Produktgruppe 01.02 - Verwaltungsführung

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) erkundigt sich nach den im Vergleich zu 2014 zurückgegangenen Teilnehmerzahlen bei der Ehrenamtswoche 2015. Verwaltungsvorstand Almering weist darauf hin, dass in 2015 aufgrund der sehr positiven Resonanz aus dem Vorjahr der Veranstaltungsschwerpunkt stärker auf Fahrten gelegt worden sei. Im Vergleich zu Großveranstaltungen (Veranstaltungen im Jugendkulturcafe Logo und Kinoveranstaltungen) ist das Platzkontingent begrenzt. Diesem Umstand, keineswegs aber der anhaltend hohen

und sehr positiven Resonanz, ist dieser statistische Rückgang geschuldet. Deshalb müsse man sicherlich prüfen, ob eine isolierte Betrachtung der Teilnehmerzahlen hinreichend aussagekräftig sei. Möglicherweise könnten Angaben zur prozentualen Teilnehmerfrequenz je Veranstaltung eine höhere Aussagekraft besitzen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) beantragt im Rahmen des Internet-Relaunches die zentrale Einrichtung einer Informations- und Beteiligungsplattform für aktuelle Projekte und Prozesse der Stadt Ahaus auf der neuen Internetseite. Beispielhaft sei hier die Plattform „Gießen direkt“ der Stadt Gießen genannt. Bürgerinnen und Bürger sollten die Möglichkeit erhalten, sich über alle laufende Projekte und Prozesse zu informieren und gegebenenfalls zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss.

Ergänzend bittet Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), an präserter Stelle des neuen Internetauftritts auf das neue Mobi-Ticket des Kreises Borken hinzuweisen bzw. zu verlinken. Ferner möge sich die Arbeitsgruppe „Ehrenamt“ mit einer passenden Ehrung für die Integrationshelfer/innen und ansonsten im Bereich der Flüchtlingsarbeit engagierten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer beschäftigen. Ratsherr Reehuis (CDU-Fraktion) begrüßt die Berücksichtigung dieser insbesondere im letzten Jahr sehr engagierten Gruppe von Ehrenamtlichen, warnt jedoch vor einer Übervorteilung einzelner Gruppen. Das Hervorhebenswerte des jetzigen Ehrungssystems liege gerade in der gleichberechtigten Ansprache aller ehrenamtlich Tätigen in unserer Stadt.

Produktgruppe 01.04 - Zentrale Verwaltung und Organisation

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) verweist auf den Besuch eines Software-Unternehmens in Gescher und bittet die Verwaltung um Prüfung, ob und inwieweit Massensendungen zukünftig auch elektronisch versandt werden können. Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass es bereits diesbezügliche Gespräche mit diesem Unternehmen gegeben habe. Hier gehe es um das Produkt „Bürgerbox“. Gleichzeitig sei dieser Sachverhalt auch ein Arbeitsfeld im Rahmen des Modellprojektes E-Government der Kommunalen ADV-Anwendergemeinschaft West. Die Projektergebnisse würden im März vorgestellt werden.

Produktgruppe 01.06 - Personalmanagement

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) erinnert nochmals an die Umsetzung des Projektes „Betriebliches Vorschlagswesen“ mit einem jährlichen Ansatz von 6.000 Euro. Es gehe seiner Fraktion insbesondere um die Einsparung von Kosten. Bürgermeisterin Voß weist darauf hin, dass der Gesichtspunkt der Kosteneinsparung hierfür allein nicht ausreiche, da es Sachbereiche gebe, die zwar sehr effektiv und wirkungsvoll arbeiteten, jedoch kein Finanzbudget zur Verfügung hätten. Dennoch müsse auch diese Arbeit die Möglichkeit einer Würdigung haben.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp beantragt für die CDU-Fraktion im Stellenplan für den Fachbereich Stadtplanung eine Personalaufstockung. Als Begründung führt er aus, dass es in jüngster Zeit erkennbare, jedoch nachvollziehbare Arbeitsrückstände gebe. Diese führten jedoch immer auch zu schmerzlichen Arbeitsverzögerungen. Zudem ergebe sich eine zusätzliche Arbeitsbelastung auch aus Beschlussergebnissen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr; namentlich durch den Auftrag, alle bestehenden älteren Bebauungspläne zu überarbeiten und den aktuellen Anforderungen anzupassen.

Beigeordneter Beckmann bestätigt den Bedarf, der aus seiner Sicht auch nicht durch die externe Beauftragung von Fachbüros kompensiert werden könne.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) begrüßt diesen Antrag. Er würde bei möglicherweise zwei zusätzlichen Stellen vorschlagen, dass zumindest eine Stelle mit einer Architektin oder einem Architekten mit einer Bauvorlageberechtigung besetzt würde.

Bürgermeisterin Voß empfiehlt dem Ausschuss, dass die Verwaltung zunächst den spezifischen Stellenbedarf und die dafür erforderliche Qualifikation prüfen solle. Die hierfür erforderlichen Veränderungen im Haushaltsplan 2016 werden dann im Rahmen der Anpassungsliste zum Haushalt aufgeführt und den Fraktionen rechtzeitig vor Beschluss des Haushaltes vorgelegt werden. Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist weiterhin darauf hin, dass die Sachbearbeitung im Fachbereich 50 Arbeit und Soziales aufgrund der angespannten Flüchtlingssituation auch eine Stellenanhebung erfordere. Erster Beigeordneter Althoff schlägt für die Verwaltung vor, dass hier zwei zusätzliche Stellen eingerichtet werden sollen, davon jeweils eine Stelle im gehobenen und im mittleren Dienst. Die zusätzlich erforderlichen Personalkosten belaufen sich auf circa 100.000 Euro pro Jahr. Im Fachbereich Jugend wird die Schaffung einer weiteren zusätzlichen halben Stelle für den Bereich der Sprachförderung vorgeschlagen. Die diesbezüglichen Personalkosten können über ein aktuelles Förderprogramm des Bundes refinanziert werden. Ergänzend erläutert Verwaltungsvorstand Almering von einer extrem hohen Arbeitsbelastung. Die Personalstatistik des Kreises im Bereich der SGB II-Sachbearbeitung weist ein aktuelles Defizit für Ahaus von 1,5 Stellen auf. Deshalb sei die Stelle im gehobenen Dienst für die SGB II-Sachbearbeitung und die weitere Stelle - auch aufgrund der stark steigenden Fallzahlen - für den Bereich der Sachbearbeitung im Bereich Asyl vorgesehen. Die Ausschussmitglieder heben die bislang gute, vorausschauende und effektive Arbeit der an der Flüchtlingsarbeit beteiligten Fachbereiche und der dort eingesetzten Hausmeister hervor und danken für das erfolgreiche Engagement.

Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) äußert den Eindruck, dass die Aufgabe der Wirtschaftsförderung gegenwärtig im Vergleich zum abgebildeten Stellenanteil nicht ausreichend außenwirksam ist. Bürgermeisterin Voß beschreibt die vielfältigen Tätigkeiten und Veranstaltungen der Wirtschaftsförderung im vergangenen Jahr und bittet um ein wenig mehr Zeit, damit sie als Bürgermeisterin die Bedarfe, Aufgaben und erforderlichen Arbeiten besser einschätzen könne. Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist zudem auf die vollzogene Neuausrichtung der Wirtschaftsvertretung mit dem Ahaus e.V. und auf die Verantwortung der politischen Gremien für die Wirtschaftsförderung, insbesondere im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus, hin.

Produktgruppe 01.10 - Immobilienwirtschaft

Ratsherr Benölken stellt für die CDU-Fraktion den Antrag auf Bezuschussung für den Neubau einer Kolpinghalle für alle Vereine und Verbände in Wessum. Die bestehende Kolpinghalle kann dann am Standort für eine dringend gewünschte Betriebserweiterung eines Wessumer Unternehmens genutzt werden. Als Standort für eine neue Halle wird eine Fläche an der Schulstraße vorgeschlagen. Die Gesamtkosten belaufen sich nach Darstellung des Antragstellers auf 395.000 Euro. Nach Abzug vorhandener Eigenmittel, kalkulierter Eigenleistung und Sponsoringmittel bleibt ein ungedeckter Anteil von 85.000 Euro.

Bürgermeisterin Voß gibt zu bedenken, dass bei einer Zuschussgewährung für eine Einzelförderung der Grundsatz der Gleichbehandlung eingehalten werden müsse. Deshalb müsse der Antrag sicher detailliert in der Verwaltung geprüft werden.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass es sich hier nach seiner Einschätzung nicht so sehr um eine klassische Einzelförderung handle, da das Projekt stärker als gesamt-dörfliche Maßnahme gewertet werde, im Übrigen gleichzeitig auch um ein Wirtschaftsförderprojekt. Deshalb trage die CDU-Fraktion diesen Antrag mit.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Erster Beigeordneter Althoff, dass eine Förderung im Rahmen des LEADER-Projektes oder auch durch die Stiftung der Stadt Ahaus ergänzend geprüft werden könne. Rats Herr Kersting (UWG-Fraktion) bittet ergänzend um Prüfung, ob sich durch die Einrechnung des Erlöses aus der Übertragung des jetzt genutzten Grundstückes in die Finanzierung der neu zu erstellenden Halle möglicherweise eine Doppelförderung ergebe.

Bürgermeisterin Voß sieht vor einer abschließenden Beschlussfassung das Erfordernis einer umfassenden Prüfung. Deshalb schläge sie vor, den angegebenen Betrag mit einem entsprechenden Sperrvermerk in den Haushalt einzustellen. Damit könne eine Freigabe der Haushaltsmittel erst dann erfolgen, wenn dem Rat für eine Freigabeentscheidung alle entscheidungserheblichen Pläne, Finanzierungsdaten und Informationen vorlägen. SPD-Fraktionsvorsitzender Dönnebrink sieht zudem die Gefahr einer exponierten Förderung, da Vereine im Stadtkern und in anderen Ortsteilen vielfach auf Privatliegenschaften ohne eine entsprechende Förderung ausweichen müssten.

Rats Herr Lambers (SPD-Fraktion) beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung. Hiergegen erhebt sich im Ausschuss kein Widerspruch. Daher lässt Bürgermeisterin Voß über diesen Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Bürgermeisterin Voß unterbricht die Sitzung um 20:23 Uhr. Die Sitzung wird um 20:31 Uhr wiedereröffnet.

Rats Herr Lambers (SPD-Fraktion) erklärt, dass die Fraktionen SPD, UWG, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und WGK eine Entscheidung im Rahmen der kommenden Sitzung des Rates in Kenntnis aller Fakten und Zahlen vorziehen würden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Vorkamp möchte am Antrag seiner Fraktion auf einen Zuschuss für eine neue Halle für die Kolping-Familie Wessum in Höhe von 85.000 Euro mit der Einschränkung eines Sperrvermerkes festhalten. Hierüber lässt Bürgermeisterin Voß zunächst abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

- 18 Ja-Stimmen
- 1 Nein-Stimme
- 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

Rats Herr Büning (CDU-Fraktion) beantragt, die Verwaltung möge prüfen, ob die Turnhalle an der Andreasgrundschule in Wüllen sowie die Toilettenanlage in der Grundschule sanierungsbedürftig sind. Diese beziehe sich sowohl auf die vorhandene Bausubstanz als auch auf den energetischen Zustand. Eine erforderliche Sanierung solle gegebenenfalls im Haushalt 2017 berücksichtigt werden. Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) weist auf einen bereits ausgesprochenen Prüfauftrag für alle städtischen Liegenschaften und die Erstellung eines Bauzustandsberichtes hin, in dem nach Aufnahme des Bauzustandes eine entsprechende Maßnahmenpriorisierung festgelegt werden solle.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Vorkamp (CDU-Fraktion) nach der Zeitplanung erklärt Beigeordneter Beckmann, dass der gesamte Bauzustandsbericht rechtzeitig zu den Beratungen für den Haushalt 2017 vorliegen werde. Dann könne detailliert über eine begründete zeitliche Reihenfolge der Maßnahmen entschieden werden. Ferner seien bereits 70.000 Euro im Haushalt 2016 für den Brandschutz und für Elektroarbeiten an der Andreaschule eingeplant. Mit diesen Erläuterungen erklärt sich Rats Herr Büning einverstanden und zieht seinen Antrag zurück.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert Beigeordneter Beckmann, dass die Verwaltung in diesem Jahr gemeinsam mit dem Hockeyverein Ahauser Maidy Dogs das Problem der Kondensatwasserbildung auf der Spielfläche angehen werde.

FDP-Fraktionsvorsitzender Horst weist auf das Hochbauprogramm des Kreises Borken für seine Liegenschaften hin und bittet die Verwaltung um Prüfung, ob ein solcher Bericht in 2017 auch für die Stadt Ahaus und ihre Liegenschaften möglich sei. Ferner bittet er um eine Kostenübersicht für die Umbaumaßnahmen an der Anne-Frank-Realschule und an der Gesamtschule. Beigeordneter Beckmann bittet vor dem Hintergrund der starken Belastung im Rahmen der Flüchtlingsarbeit um Verständnis, dass einige Arbeiten zunächst etwas zurückgestellt werden müssen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) bittet die Verwaltung um eine Klarstellung der veröffentlichten unterschiedlichen Daten für die Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten der alten Turnhalle in Alstätte. Für die Entscheidungen der politischen Gremien seien bislang Gesamtkosten in Höhe von 23.000 Euro jährlich maßgebend gewesen. Die durch die Presse im Zusammenhang mit einer Bürgerversammlung in Alstätte jetzt veröffentlichten Zahlen würden dazu nicht passen und bedürften daher einer näheren Erläuterung der Verwaltung.

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass sie auf Nachfrage eines Alstätter Bürgers den Fachbereich Rechnungsprüfung mit der Überprüfung der Daten beauftragt habe. Fachbereichsleiter Klose erklärt, dass die von ihm ermittelten Gesamtkosten insgesamt 25.000 Euro umfassen. In ihnen enthalten seien Reinigung, Unterhaltung, Heizkosten und sämtliche Gebühren und Beiträge. Die darin enthaltenen Energiekosten belaufen sich auf jährlich 5.500 Euro. Somit war eindeutig klargestellt, dass die zuerst genannten 23.000 Euro nicht nur Energiekosten sein konnten, sondern sich vielmehr aus zahlreichen weiteren Einzelpositionen zusammensetzten.

Ergänzend weist Verwaltungsvorstand Almering darauf hin, dass die korrekte Aufschlüsselung des Gesamtbetrages von 23.000 Euro dem nachfragenden Bürger bereits im vergangenen Jahr mehrfach mitgeteilt und erläutert worden sei. Dennoch habe sich im Ortsteil Alstätte vehement das Gerücht gehalten, hierbei handle es sich ausschließlich um nicht richtig ermittelte Energiekosten. Der Gesamtbetrag enthalte insbesondere bei den Energiewerten über mehrere Jahre gemittelte Beträge, um einen möglichst allgemeingültigen und aussagekräftigen Kostenwert zu erhalten. Verwaltungsvorstand Almering erläutert ergänzend auf Nachfrage der Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion), dass die diesbezügliche falsche Information in der Tageszeitung auch auf nachhaltige Bitte der Verwaltung leider nie korrigiert wurde. In der erwähnten Bürgerversammlung in der vergangenen Woche seien die Zahlen nochmals ausdrücklich erläutert worden. Mehr Aufklärung sei am Ende nicht möglich.

Produktgruppe 02.04 - Feuerwehr und Rettungsdienst

Rats Herr Reehuis (CDU-Fraktion) stellt den Antrag, in den Kindertagesstätten und Schulen eine Brandschutzerziehung durchzuführen. Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass die Brandschutzerziehung zurzeit von freiwilligen Feuerwehrkräften in den Kindertagesstätten durchgeführt werde. Deshalb müsse mit der Wehrführung geklärt werden, ob die freiwilligen Feuerwehrkräfte darüber hinaus genügend Personal auch für die Brandschutzerziehung in den Schulen bereitstellen könne. Hierfür sei auch eine ausreichende Befähigung der Feuerwehrkräfte wichtig. Eine Inanspruchnahme der hauptamtlichen Kräfte für diese Tätigkeit scheide definitiv aus.

Ergänzend erklärt Rats Herr Terhalle, dass die Löschzüge zurzeit bereits jeweils 3 bis 5 aktive Kräfte nur für die Unterweisung der Kindergärten vorhalte. Sofern das Beratungssystem auf die Grundschulen ausgeweitet werde, ergebe sich ein deutlich höherer Personalaufwand. Deshalb bittet Erster Beigeordneter Althoff um Verständnis, dass hier zunächst eine Klärung mit der Wehrführung notwendig sei und empfiehlt deshalb, das Anliegen als Anregung aufzunehmen. Hiermit ist die CDU-Fraktion einverstanden, bittet aber bei einer Realisierungsmöglichkeit um eine entsprechende Zielformulierung in dieser Produktgruppe.

Produktgruppe 05.01 - Soziale Leistungen

Ratsfrau Fischer (SPD-Fraktion) fragt, ob für eine mögliche Bezuschussung eines Sozialkaufhauses ein Haushaltsansatz ausgebracht werden müsse. Verwaltungsvorstand Almering weist darauf hin, dass im Rahmen der letzten Sitzung des Arbeitskreises „Sozialkaufhaus“ ein Sozialkaufhaus in Borken in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes besichtigt worden sei. Dieses Umsetzungsmodell, aber auch weitere mögliche Modelle, werden aktuell im Arbeitskreis besprochen. Das Deutsche Rote Kreuz will bis März 2016 ein Finanzierungsmodell für ein mögliches Sozialkaufhaus in Ahaus vorlegen. Ferner sei eine kleinere Lösung eines Soziallädchens, auch in Zusammenarbeit mit der Berufsbildungsstätte denkbar. Während dieses Modell eine Kostenbeteiligung der Stadt Ahaus erfordere, sei das Modell des Deutschen Roten Kreuzes finanziell autark und benötige keine städtischen Mittel. Verwaltungsvorstand Almering bittet um Verständnis, dass weiterführende Aussagen erst nach Vorliegen der Kalkulationsunterlagen des Deutschen Roten Kreuzes getroffen werden. Um möglicherweise über erforderliche Haushaltsmittel in 2016 verfügen zu können, bittet SPD-Fraktionsvorsitzender Dönnebrink um die Ausbringung eines Betrages in Höhe von 10.000 Euro mit einem Sperrvermerk. Bürgermeisterin Voß lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 19 Ja-Stimmen
- 1 Nein-Stimme

Damit ist der Antrag angenommen.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) bittet im Zusammenhang mit der zeitnahen Vorstellung der Ergebnisse der Seniorenbefragung, dass hier – auch vor dem Hintergrund der demographisch bedingten steigenden Größe dieser Altersgruppe – eine entsprechende Finanzausstattung sichergestellt ist.

Produktgruppe 08.01 - Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen

Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) beantragt einen Ansatz in Höhe von 2.500 Euro, maximal 5.000 Euro, für die Unterstützung von Trendsportarten in den Haushalt einzustellen. Ein entsprechender Sperrvermerk könne sicherlich zunächst ausgebracht werden. Als Beispiel nennt er den Slackline-Sport. Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass diese Summe keinen besondere Ansatzbildung erfordere, da sie bei Bedarf über das Budget gedeckt werden könne.

CDU-Fraktionsvorsitzender Vorkamp erwähnt in diesem Zusammenhang auch die noch nicht abgeschlossenen Planungen für eine Attraktivitätssteigerung im Ahauser Schlossgarten und schlägt eine entsprechende Einbettung des Vorschlages in dieses Projekt vor. Auf Einwand des SPD-Fraktionsvorsitzenden Dönnebrink gilt gerade an diesem Standort die Einhaltung des Denkmalschutzes. Insofern müsste eine Umsetzung zunächst von der Verwaltung geprüft werden.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich Ratsherr Eisele einverstanden.

Produktgruppe 09.01 - Stadtentwicklungsplanung

FDP-Fraktionsvorsitzender Horst bittet die Verwaltung um Prüfung geeigneter stadtplanerischer Lösungsvorschläge für eine Belebung des sozialen Wohnungsbaus und verweist auf gleichartige Bestrebungen der SPD-Fraktion. Beigeordneter Beckmann bittet vor dem Hintergrund der aufgrund eines SPD-Antrages aus 2015 bereits laufenden Prüfarbeiten, den hier genannten Teilaspekt mit dem vorhandenen Prüfauftrag zusammenzufassen. Er ver-

weist in diesem Zusammenhang auf eine bereits erfolgte Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr sowie auf ein Fachgespräch mit der Wohnbau GmbH und dem Architekten Farwick aus Ahaus. Hiermit erklärt sich Fraktionsvorsitzender Horst einverstanden.

Gleichzeitig bittet der Ausschuss die Verwaltung, die begonnenen Überlegungen zur Nachnutzung von älteren Einfamilienwohnhausquartieren durch junge Familien, wie beispielhaft im Josefsviertel, weiter fortzuführen und zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sieht Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) die Notwendigkeit, den vorhandenen Demographiebericht um einen Wohnungsbestands- und Wohnbedarfsbericht bis zum Jahr 2030 zu ergänzen. Beigeordneter Beckmann gibt zu bedenken, dass das in der momentanen Situation der Flüchtlingsaufnahme und einer nahezu unmöglichen verlässlichen Perspektivbetrachtung für die kommenden Jahre ausgesprochen schwierig sei, wenngleich der grundsätzliche Bedarf nicht in Frage gestellt werde.

Ratsherr Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt die Erstellung eines Rad- und Fußwegekonzeptes durch die Verwaltung. Vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen müsse auch hier möglicherweise nachjustiert werden. Eine aktuelle Studie des Kreises Borken habe gerade belegt, dass das Fahrrad im hiesigen Raum das wichtigste Verkehrsmittel für kurze Entfernungen sei. Hier fehle es gegenwärtig an einer durchgängigen Konzeption mit verlässlichen Angaben zum gesamtstädtischen Radwegenetz. Hierbei gelte es sicherlich, mögliche Fördermöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Als Beispiel nennt er ein Konzept der Stadt Nienburg. Beigeordneter Beckmann weist auf das vor einiger Zeit beschlossene Verkehrswegekonzept der Stadt Ahaus hin. Der externe Gutachter habe dort eine insgesamt gute Radewegeinfrastruktur in der Stadt Ahaus bescheinigt.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass bereits in der Vergangenheit zahlreiche Daten für diesen Bereich erhoben worden seien, die dort möglicherweise mit einem vertretbaren Arbeitsaufwand von der Verwaltung zu einem Konzept zusammengefasst werden könnten und weist auf einen UWG-Antrag aus zurückliegenden Jahren hin. Beigeordneter Beckmann weist nochmals darauf hin, dass die gegenwärtig sehr hohe Arbeitsbelastung immer neue Prüf- und Konzeptaufträge in der gewünschten kurzen Zeit mit dem vorhandenen Personalbestand nicht mehr zuließen. Deshalb sollte zunächst ermittelt werden, welche Daten vorlägen und ob die gewünschten Aussagen nicht auch größtenteils im Verkehrskonzept bereits enthalten seien. Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) hält eine Schwachpunktanalyse im Verkehrswegekonzept für notwendig und schlägt zunächst eine Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vor, bevor über neue Schritte beschlossen werde. Hiermit erklären sich die Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

Ratsherr Eisele regt an, dass sich die Stadt Ahaus nach der Einstellung eines Klimamanagers am European Energy Award (EEA) beteiligen solle. Hierdurch könnten klimapolitische Ziele konsequenter vorangebracht werden.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist auf den fraktionsübergreifend übereinstimmenden Wunsch hin, die Entwicklung der Wallstraße nach deren Entlastung über den nahezu fertiggestellten Stadtwall nun wieder voranzutreiben. Hierfür seien sicher auch Finanzmittel erforderlich. Ergänzend erklärt Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion), dass insbesondere Investoren eine Planungssicherheit benötigen. Mit einzubeziehen in diese Planungen sei auch die Anbindung des neuen Kulturquadrats. Beigeordneter Beckmann kündigt einen entsprechenden Beratungspunkt in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr an.

Für die SPD-Fraktion beantragt Fraktionsvorsitzender Dönnebrink einen Haushaltsansatz von 20.000 Euro für die Planung eines Grüngürtels um die Kernstadt Ahaus. Die ersten Planungsergebnisse sollten nach Möglichkeit zu Beginn der zweiten Jahreshälfte im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorgestellt werden. Der Grüngürtel soll, auch mit Hinweis auf die Alterung der Bevölkerung, eine Erholungs- und Naherholungszone sein. Die bereits vorhandenen Elemente sollten dabei in eine durchgängige Gesamtkonzeption eingebettet werden, die auch Anknüpfungen an die Ortsteile vorsehe. Fraktionsvorsit-

zender Vorkamp (CDU-Fraktion) sieht die Stadt Ahaus hier insgesamt gut aufgestellt, da sie eine Stadt „im Grünen“ der westmünsterländischen Parklandschaft sei und sowohl für Spaziergänger als auch für Radfahrer in kurzer Erreichbarkeit viele naturnahe Räume biete. Ein Blick auf möglicherweise direkt erkennbare Veränderungserfordernisse und den dort erforderlichen Anpassungen mache ein solches Konzept am Ende kalkulierbar und sinnvoll. Nach Auffassung des Ratsherrn Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) biete sich hier eine sinnvolle Ergänzung zum Verkehrs- und Radwegekonzept an.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja-Stimmen
- 10 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

Produktgruppe 11.02 - Abwasserwirtschaft

UWG-Fraktionsvorsitzender Ruwe bittet die Verwaltung, im Rat in absehbarer Zeit über den Sachstand der Umsetzungen im Bereich des Hochwasserschutzes zu berichten.

Produktgruppe 12.01 - Öffentliche Verkehrsflächen

UWG-Fraktionsvorsitzender Ruwe ersucht die Verwaltung, im Rahmen der Presseberichterstattung nochmals auf die aktuellen Angebote, Neuerungen und Taktfrequenzen im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere auf die Linie C87 bis zum Krankenhaus, hinzuweisen. Hilfreich könne auch ein kleiner Pocketfahrplan sein. Erster Beigeordneter Althoff unterstützt diesen Marketing-Vorschlag, da sich die bislang erhobenen Fahrgastdaten noch als wenig zufriedenstellend darstellen.

Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach dem Sachstand bei der Umrüstung der städtischen Lichtzeichenanlagen auf die energiesparende LED-Technik. In diesem Zusammenhang weist Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD) auf das Aktionsprogramm „Klimaschutz 2020“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und auf die auslaufende Antragsfrist Ende März 2016 hin. Beigeordneter Beckmann sagt eine zeitnahe Beantwortung dieser Anfrage zu.

CDU-Fraktionsvorsitzender Vorkamp weist auf die intensive Schleichwegnutzung des Wirtschaftsweges im Aversesch zwischen der K17 (von Wessum nach Alstätte) und der L560 (von Wessum nach Graes) hin. De facto habe dieser Schleichweg nahezu die Funktion einer Umgehungsstraße. Auffallend sei auch der dadurch bedingte intensive Instandhaltungsrhythmus. Hier bitte die CDU-Fraktion um Mitteilung der Instandhaltungskosten für das letzte Jahr und um Überlegungen zu einer stärker belastbaren und haltbaren Straßenrandbefestigung, die in der mittelfristigen Betrachtung jedoch kostensparend sein könne. Hier wünsche er sich auch Gespräche mit dem Kreis Borken über eine mögliche Lösung.

Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) bittet darum, den Verbindungsweg zwischen der Quantwicker Straße und dem Vissingskamp zeitnah zu beleuchten, da dieser innerörtliche Weg ansonsten dunkel und die Benutzung in den Abend- und Nachtstunden insbesondere für Kinder und Frauen gefährlich sei.

CDU-Fraktionsvorsitzender Vorkamp bittet die Verwaltung, Vorschläge zu erarbeiten, um eine weitere Verödung der Langen Straße in Wüllen zu verhindern oder aber zumindest zu stoppen.

Produktgruppe 16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) stellt den Antrag, die Neuverschuldung im Jahr 2016 von 10 Mio. Euro auf höchstens 5,5 Mio. Euro zu reduzieren. Auch unter Berücksichtigung der außergewöhnlichen Belastung der Flüchtlingskrise dürfe die Stadt das langfristige Ziel der Entschuldung und das mit großer Mehrheit beschlossene Entschuldungskonzept nicht aus dem Auge verlieren. Es gebe im Haushalt sicher auch weitere Einsparmöglichkeiten.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dönnebrink betont, dass die Grundlage des Entschuldungskonzeptes bislang nicht verlassen wurde. Neue, und nicht absehbare Aufgaben und Investitionen seien der tatsächliche Grund für die Neuaufnahme von Schulden. Das dürfe man nicht verkennen.

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass es hier zunächst um eine Kreditermächtigung gehe, noch keineswegs um eine tatsächliche Kreditaufnahme. Falls das Jahresergebnis 2015 deutlich positiver ausfällt, als zunächst im Haushaltsplan angenommen, verringert das eine notwendige Kreditaufnahme deutlich. Im Rahmen des Schuldenmanagements suche die Verwaltung stetig nach Möglichkeiten, die Kredite aus dem Entschuldungskonzept mit den später zusätzlich aufgenommenen Krediten wieder in ein Gesamtkreditvolumen mit einer Festfinanzierung zusammenzuführen. Eine Reduzierung der Kreditermächtigung um 4,5 Mio. Euro würde die völlige Neuplanung des Haushaltes und die Streichung zahlreicher investiver Maßnahmen erfordern.

Für die CDU-Fraktion erklärt Fraktionsvorsitzender Vortkamp, dass bei aller notwendigen und ernstzunehmenden Sparsbereitschaft die Handlungsfähigkeit der Stadt nicht in Frage gestellt werden dürfe. Er gehe fest davon aus, dass der vorgesehene Kreditermächtigungsrahmen sehr konservativ geplant worden sei und am Ende des Jahres auch nach seiner Einschätzung nicht voll ausgeschöpft werden müsse. Zudem erschließe sich ihm nicht, warum die FDP-Fraktion die bisherigen Beratungen des Haushaltes 2016 weitgehend widerspruchsfrei akzeptiert hätten, aber am Ende plötzlich einen alles in Frage stellenden Antrag auf Reduzierung der Kreditermächtigung um ca. 4,5 Mio. Euro stellt. Nach längerer Beratung zieht der Fraktionsvorsitzende Horst seinen Antrag zurück.

Stellenplan

Erster Beigeordneter Althoff weist darauf hin, dass für das Kulturquadrat ein/e Veranstaltungstechniker/in eingestellt werden müsse, der nach aktueller Überprüfung über die Meisterqualifikation verfügen müsse. Diese Stelle müsse daher von der bisherigen Entgeltgruppe 6 in die Entgeltgruppe 8 angehoben werden und im vorliegenden Stellenplan angepasst werden.

Wie bereits beraten, werden in der Produktgruppe 05.01 – Soziale Leistungen- je eine Stelle im gehobenen Dienst und im mittleren Dienst zusätzlich aufgenommen. Ferner wird in der Produktgruppe 06.01 eine halbe Stelle für die Sprachförderung eingefügt, die über Fördermittel aber refinanziert werden könne.

In der Produktgruppe 09.01 –Stadtplanung- wird auf Antrag der CDU-Fraktion eine zusätzliche Stelle für die Aufarbeitung der bestehenden Bebauungspläne eingefügt. Die passenden Qualifikationsmerkmale zu dieser Stelle werden zeitnah von der Personalverwaltung ausgearbeitet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Nachdem der gesamte Haushalt einschließlich der Anlagen intensiv beraten wurde, stellt Fraktionsvorsitzender Vortkamp vor der Gesamtabstimmung den Antrag zur Geschäftsordnung auf eine kurze Unterbrechung der Sitzung zur fraktionsinternen Abstimmung. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Bürgermeisterin Voß lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Damit ist der Antrag angenommen. Die Sitzung wird um 23.05 Uhr unterbrochen.

Bürgermeisterin Voß eröffnet die öffentliche Sitzung erneut um 23.12 Uhr und stellt folgenden Beschlusentwurf zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2016 unter Berücksichtigung der beratenen und beschlossenen Veränderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
10 Enthaltungen

gez. **Karola Voß**
Bürgermeisterin

gez. **Werner Leuker**
Schriftführer